

Existenz einer kollektivvertraglichen Frieden*p*flicht?

10. Wiener Arbeitsrechtsforum,
28.11.2024

MMag.^a Kathrin Kessler, PRO-GE

Inhalte

- Ausgangslage
- Definition kollv Friedens*p*flicht
- Praktische Auswirkungen eines derartigen Verständnisses
- Mögliche Rechtsgrundlagen einer kollv Friedens*p*flicht
 - EMRK
 - Gesetz
 - Kollektivvertrag
- Fazit

Ausgangslage

- KollV-Verhandlungen Herbst 2023 Metallindustrie:
 - die härtesten seit 60 Jahren: akzeptabler Abschluss war nur durch Streiks möglich
 - ungewöhnliche juristische Begleit„musik“: Klagen gegen den ÖGB, BR-Körperschaften und -Mitglieder verbunden mit einstweiligen Verfügungen
- „das österreichische Kollektivvertragsrecht [ist] so konzipiert, dass es zu seiner Effektivität die Anerkennung eines Rechts auf Streik als notwendiges Systemelement benötigt“ (*Krejci*, ASoK 2015, 285) → *wirksames* Recht auf Streik, ansonsten keine KollV-Verhandlungen, sondern „*kollektives Betteln*“ (BAG 12.03.1985, 1 AZR 636/82)

Definition kollv Friedenspflicht

Laut veröffentlichtem Schrifttum...

- gäbe es jedenfalls eine kollv Friedenspflicht
- verpflichte sie die KollV-Partei während aufrehtem KollV keine Arbeitskämpfe zu führen oder zu unterstützen (und sich bei den Mitgliedern für die Erhaltung des Arbeitsfriedens einzusetzen)
- ¹⁾sei sie dem KollV immanent/ Teil des Wesens des KollV und müsse folglich nicht eigens vereinbart werden; Mindermeinung: ²⁾basiere auf stillschweigender vertraglicher Vereinbarung der KollV-Parteien

¹⁾ *Immanenztheorie* vs ²⁾ *Konsenstheorie* (Strasser, RdA 1965, 401 zum deutschen KollV-Recht)

Definition kollv *Friedenspflicht*

- ...
- gehöre zum obligatorischen Teil des KollV
 - könne ausdrücklich ausgeschlossen werden
 - sei relativ, als sie sich nur auf die im betreffenden KollV geregelten Inhalte beziehe; eine absolute müsse ausdrücklich vereinbart werden
 - binde nur die KollV-Parteien

Praktische Auswirkungen

Wenn dem so wäre, dann...

- wären bei unbefristetem KollV auch bei festgefahrenen KollV-Verhandlungen Streiks zur Erhöhung des Drucks rechtswidrig
- müssten KollVs vor Streik gekündigt werden (wegen Kündigungsfristen schon vor Eröffnung der Verhandlungen)
- drohen AN-Verbänden Schadenersatzklagen, Unterlassungsklagen kombiniert mit einstweiligen Verfügungen (→ gerichtlich verfügt kollektives Betteln?)

Praktische Auswirkungen

...

- drohen streikteilnehmenden AN (wegen der Einheitsthese nach Art 11 EMRK) sonst unzulässige Vergeltungsmaßnahmen wie Entlassungen, Unterlassungsklagen kombiniert mit einstweiligen Verfügungen, Schadenersatzklagen (→ Drohung mit der Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz der AN!)

→ Wo ist diese *Pflicht* mit derartig gravierenden praktischen (kollektiven und individuellen) Auswirkungen normiert?

Mögliche Rechtsgrundlage – EMRK?

- individuelles Grundrecht auf Streik = Teil von Koalitionsfreiheit
Art 11 EMRK (spätestens seit *Enerji Yapi-Yol Sen* 2009)
- positive Schutzpflichten des Staates + durch mittelbare
Drittwirkung auch Geltung zwischen Privaten
- weder EMRK noch EGMR-Rspr enthält Hinweis auf faktisch Art
11 EMRK einschränkende kollV Friedenspflicht
- nur Bedingungen für (rechtswirksame) Einschränkung in Art
11 Abs 2 EMRK

Mögliche Rechtsgrundlage – EMRK?

- Voraussetzungen für Einschränkungen Streikrecht nach Art 11 Abs 2 EMRK:
 - durch Gesetz (Ö: Bundesgesetz)
 - ausreichend zugänglich und so präzise formuliert, dass Normadressat:innen ihr Verhalten danach ausrichten können
 - bei Ermessen im Gesetz: gesetzliche Vorkehrungen gegen Missbrauch und Willkür
 - all dies erfüllt: Prüfung legitimer Zweck und Notwendigkeit der Zweckerreichung in demokratischer Gesellschaft

Mögliche Rechtsgrundlage – Gesetz?

- kein Gesetz mit expliziter Einschränkung des Streikrechts, nur allgemeine zivilrechtliche Regeln und Strafrecht
- auch – zweiseitig zwingendes (!) – ArbVG enthält keinen Hinweis auf kollv Friedenspflicht
- ArbVG enthält jedoch Schriftlichkeits- und Hinterlegungsgebot für normativen und *obligatorischen* Teil des KollV (§§ 2, 14 ArbVG) → Publizitätserfordernis
- einschränkende Auslegung Schriftlichkeitsgebot für obligatorischen Teil nur für KollV aber nicht für BV erscheint wegen für KV besonders bestehendes Publizitätserfordernis unsystematisch

Mögliche Rechtsgrundlage – KollV?

- Schriftlichkeitsgebot für kollv Friedenspflicht (als Teil obligatorischer Teil) in nur *einem* KollV beachtet (AUA-Bordpersonal) → von diesem KollV abgesehen KEINE kollv Friedenspflicht, sondern:
- *Usance*: Verzicht auf Arbeitskampfmaßnahmen
 - außerhalb der (idR) jährlichen Verhandlungszyklen
 - bei gegebener AG-Verband-Bereitschaft zu konstruktiven Verhandlungen bzw annehmbarem Abschluss
- *Pflicht* ≠ notwendig, da Einhaltung dieser *Usance* im Interesse des AN-Verbandes zur Sicherung Verhandlungsbereitschaft AG-Verband
- möglicher Grund für Beharren auf Friedenspflicht → restriktive *deutsche* Lehre und Rspr → Achtung: nicht übertragbar auf Ö

Mögliche Rechtsgrundlage – KollV?

- wenn kollv Friedenspflicht → nur auf Basis stillschweigender Vereinbarung zwischen KollV-Parteien als Teil des obligatorischen Teiles (*Mosler, Felten*)
- Gesetzgeber regelt *kein* Arbeitskampfverbot bei aufrechtem KollV oder Zwangsschlichtung wie bei bestimmten BVs → KollV-Verhandlungspartner:innen sollen entscheiden, ob Kampfmaßnahmen für Einigung oder Vereinbarung einer Friedenspflicht nötig (Art 120a B-VG → Achtung der Autonomie der Sozialpartner und ihrer Aufgaben)

Mögliche Rechtsgrundlage – KollV?

- keine schlüssige Begründung dafür, warum erstmaliger Abschluss KollV unstrittig durch Streik erzwingbar, Änderung jedoch nicht (vgl Änderungskündigung)
- Immanenztheorie für Ö ≠ schlüssig, weil
 - kollv Friedenspflicht ausdrücklich abdingbar sei (Wesen?)
 - zweiseitig zwingendes ArbVG keinerlei Hinweis enthält auf diese Wirkung des KollV

Falls Rechtsgrundlage stillschweigende Vereinbarung

- allgemeine ABGB-Bestimmungen auf obligatorischen Teil KollV anzuwenden → konkludente Erklärung iSd § 863 ABGB = Rechtsgrundlage kollv Friedens*p*flicht
- konkludente Erklärung mit bestimmtem Inhalt nur zu bejahen, wenn Erklärungsempfänger:in *keinen* vernünftigen Grund hat, genau diesen Inhalt zu bezweifeln
- unterschiedliche Interessenslage Verhandlungspartner:innen und Streik meist einziges Druckmittel AN-Verband → kollv Friedens*p*flicht kann kein allzu weitreichender Verzicht auf Arbeitskampf unterstellt werden

Maximalinhalt stillschweigend vereinbarter kollv

Friedenspflicht

- keine Organisation von Streiks außerhalb der gewohnten Verhandlungszyklen zur Änderung des KollVs (ausgenommen gravierende Änderung Umstände)
- Befristung des KollVs irrelevant → entscheidend idR gewohnten/vereinbarten Verhandlungszyklen
- keine Organisation von Streiks bei tatsächlich gegebener Verhandlungs- und Abschlussbereitschaft AG-Verband → Beurteilung obliegt AN-Verband

Fazit

- keine Rechtsgrundlage für eine kollv Friedens*p*flicht bei aufrechem Kollv
- wenn Rechtsgrundlage der stillschweigend vereinbarten kollv Friedens*p*flicht (im obligatorischen Teil Kollv) bejaht wird
 - bleibt Divergenz bzgl überwiegend missachteten Schriftformgebotes
 - muss nach ABGB-Regeln Reichweite des Verzichts auf Arbeitskampfmaßnahmen wesentlich beschränkter sein, als vom veröffentlichten Schrifttum zT dargestellt

Darüber hinaus

- Arbeitskampf sollte verstärkt als willkommener Ausdruck von Grund- und Freiheitsrechten anerkannt, statt „illegalisiert“ zu werden
- Illegalisierung Streik → nimmt AN idR einzige Einflussmöglichkeit auf Bedingungen für den „Verkauf“ geistiger und körperlicher Ressourcen
- Koalitionsfreiheit einschließlich Streikrecht → wesentliche Grundlage demokratischer Gesellschaften → können diese Rechte nicht *effektiv* ausgeübt werden, steht es schlecht um die Demokratie in diesem Staat

Danke!